

# MITTEILUNGEN UND RESOLUTIONEN

## 56. Ministerrat

8. Mai 2019

1. Schreiben des Landeshauptmannes von Salzburg vom 12. April 2019, mit dem ein Beschluss vom 12. März 2019 betreffend „Personalmangel bei der Staatsanwaltschaft Salzburg“ vorgelegt wird.
2. Schreiben des Amtes der Salzburger Landesregierung vom 24. April 2019, mit dem ein Beschluss vom 10. April 2019 betreffend „Berücksichtigung einer Demenzerkrankung bei der PflegegeldEinstufung“ vorgelegt wird.
3. Schreiben des Amtes der Vorarlberger Landesregierung vom 24. April 2019, mit dem eine Entschließung vom 3. April 2019 betreffend „Sicherheit für Vorarlberg – Asylpolitik der Bundesregierung und des Innenministers unterstützen!“ vorgelegt wird.
4. Schreiben der Kammer für Arbeiter und Angestellte für Kärnten vom 16. April 2019, mit dem eine gemeinsame Resolution der konstituierenden Vollversammlung vom 8. November 2018 betreffend „Arbeitsprogramm für die Funktionsperiode 2019-2024“ vorgelegt wird.
5. Schreiben des Ersten Vorsitzenden des Wiener Gemeinderates vom 26. April 2019, mit dem eine Resolution vom 25. April 2019 betreffend „Maßnahmen gegen die restriktive Stellenplanungspolitik der Kassen und Ärztekammern“ vorgelegt wird.
6. Schreiben des Bürgermeisters von Bleiburg vom 11. April 2019, mit dem eine Resolution betreffend „Kroaten-Treffen am 18. Mai 2019 am Loibacher Feld und beabsichtigte Gegenveranstaltungen“ vorgelegt wird.
7. Schreiben des Bürgermeisters von Hartberg vom 29. März 2019, mit dem eine Resolution vom 18. März 2019 betreffend „Ausbilden statt Abschieben“ vorgelegt wird.
8. Schreiben von drei Gemeinden (Bad Goisern, Luftenberg a.d. Donau, Ottnang a.H.), mit denen Resolutionen betreffend „Rettet die Bienen – für den Schutz von Böden und Artenvielfalt“ vorgelegt werden.
9. E 65-NR/XXVI.GP vom 24. April 2019 betreffend "Fortführung der Interministeriellen Arbeitsgruppe Schutz von Frauen vor Gewalt" (Wortlaut siehe Beilage).
10. E 66-NR/XXVI.GP vom 24. April 2019 betreffend "Reform des Kindesunterhaltsrechts" (Wortlaut siehe Beilage).
11. E 67-NR/XXVI.GP vom 24. April 2019 betreffend "Sicherheit der Frauen in Österreich" (Wortlaut siehe Beilage).
12. E 68-NR/XXVI.GP vom 24. April 2019 betreffend "Archivierung digitaler Archivalien der obersten Bundesorgane durch das Staatsarchiv" (Wortlaut siehe Beilage).

# **Entschließung**

## **des Nationalrates vom 24. April 2019**

**betreffend Fortführung der „Interministeriellen Arbeitsgruppe Schutz von Frauen vor Gewalt“**

Die Bundesregierung, insbesondere die Bundesministerin für Frauen, Familien und Jugend wird aufgefordert, die „Interministerielle Arbeitsgruppe Schutz von Frauen vor Gewalt“ fortzuführen, um von Gewalt Betroffene in Zukunft noch besser vor Gewalt zu schützen.

# **Entschließung**

## **des Nationalrates vom 24. April 2019**

### **betreffend Reform des Kindesunterhaltsrechts**

Die Bundesministerin für Frauen, Familien und Jugend sowie der Bundesminister für Verfassung, Reformen, Deregulierung und Justiz werden ersucht, im Zuge der laufenden Reformbestrebungen

1. bis Ende 2020 einen Gesetzesvorschlag auszuarbeiten, durch den das Kindesunterhaltsrecht und das Unterhaltsvorschussrecht modernisiert und vereinfacht und das Verfahren beschleunigt wird;
2. den Reformprozess weiterhin partizipativ fortzuführen und alle wichtigen Interessensgruppen im Rahmen eines großen Diskussionsprozesses einzubeziehen.

# **Entschließung**

## **des Nationalrates vom 24. April 2019**

### **betreffend Sicherheit der Frauen in Österreich**

Die Bundesregierung, besonders die zuständige Bundesministerin für Frauen, Familien und Jugend, wird ersucht die angekündigten Maßnahmen schnellstmöglich umzusetzen.

# **EntschlieÙung**

## **des Nationalrates vom 24. April 2019**

### **betreffend Archivierung digitaler Archivalien der obersten Bundesorgane durch das Staatsarchiv**

Der Bundesminister für EU, Kunst, Kultur und Medien wird aufgefordert, dem Nationalrat ehest bald einen Gesetzesentwurf vorzulegen, der folgende Punkte berücksichtigt:

- Nachhaltige Sicherung der digitalen Archivalien der obersten Staatsorgane in Anbetracht der Gefahr des Verlustes von politischem und geschichtlichem Erbe
- Nachhaltige Sicherung der digitalen ÄuÙerungen der obersten Staatsorgane in den Sozialen Medien, die diese während ihrer Amtszeit tätigen

Dieser Gesetzesentwurf soll klare Regelungen enthalten, die sicherstellen, dass diese Archivalien fachkundig und unter

- Beachtung der Kurzlebigkeit digitaler Plattformen und Medien
- Beachtung der besonderen Sensibilität der Unterlagen
- Beachtung der Amtsverschwiegenheit
- Beachtung des Datenschutzes
- Beachtung der Informations- und Wissenschaftsfreiheit
- Beachtung des Denkmalschutzes

für künftige Generationen nachhaltig gesichert sind.

In die Ausarbeitung des Entwurfes sollen Expertinnen und Experten aus den Reihen der Geschichtsforschung, des Denkmalschutzes, des Staatsarchivs sowie Expertinnen und Experten aus dem Bereich der Informationstechnologie einbezogen werden.